

### Parteispenden- und Korruptionsskandale in der deutschen Spaßgesellschaft

Ross-Strajhar, Gisela

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

#### Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ross-Strajhar, G. (2002). Parteispenden- und Korruptionsskandale in der deutschen Spaßgesellschaft.

*Sozialwissenschaftlicher Fachinformationsdienst soFid*, Politische Soziologie 2002/1, 9-14. <https://nbn-resolving.org/>

[urn:nbn:de:0168-ssoar-206199](http://nbn:de:0168-ssoar-206199)

#### Nutzungsbedingungen:

*Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.*

*Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.*

#### Terms of use:

*This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.*

*By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.*

# Parteispenden- und Korruptionsskandale in der deutschen Spaßgesellschaft<sup>1</sup>

Gisela Ross-Strajhar, IZ Sozialwissenschaften

„Spaß muss sein“<sup>2</sup>, so überschreibt das Institut für Demoskopie in Allensbach einen Bericht über eine Vorher-Nachher-Studie zum 11. September 2001, dem Tag der Zerstörung des World Trade Centers in New York. Die Meinungsforscher stellen fest, dass seit 1974 ein weiterhin wachsender Anteil der Bevölkerung zu hedonistischen Werten wie „Glücklichsein“ bzw. „das Leben genießen“ tendiert, während soziale bzw. altruistische Werte gerade einmal ihr Niveau halten konnten bzw. rückläufig sind. Die zahlreichen Korruptions- und Geldwäsche-Affären lassen vermuten, dass ähnlich wie die Bundesbürger auch etliche Politiker ihr eigenes - finanzielles - Glück vermehren wollen und bereit sind, gegen materiellen Ausgleich ihren politischen Einfluss in Partei, Parlament oder Verwaltung zugunsten des Geldgebers zu nutzen.

Die Chroniken der Parteispenden- und Korruptionsskandale reichen weit zurück. Schon in der NS-Zeit gehörte Korruption zum Herrschaftsallday und war eine Massenerscheinung, die dazu diente, Parteigenossen fester an das Regime zu binden<sup>3</sup>. Spätestens seit der ersten großen Parteispendenaffäre, der „Flickaffäre“ 1982, weiß auch die bundesdeutsche Wahlbevölkerung um das persönliche und politische Fehlverhalten einiger ihrer Politiker, um deren gering ausgeprägte berufsethische Grundsätze und wenig gefestigte moralische Werturteile. Berichte über die politischen Eliten und ihren Umgang mit Geld sind inzwischen fester Bestandteil der Rubrik „Politik“ in deutschen Tageszeitungen: Affären, Skandale, Korruption, wohin das Auge schaut.

Einige Beispiele aus den letzten Jahren: Verdacht illegaler Parteifinanzien gegen den italienischen Sozialistenchef Bettino Craxi, Ex-Regierungschef Andreotti werden Kontakte zur Mafia nachgewiesen; in Russland soll Ex-Präsident Jelzin Millionen Rubel aus der Staatskasse ins Ausland transferiert haben; 1996 die belgische Dutroux-Affäre mit justiziellem Fehlverhalten; Korruptionsvorwürfe gegen den Staatspräsidenten Chirac im Präsidentschaftswahlkampf des Jahres 2002.

In Deutschland sieht es nicht viel besser aus: 1993 die Amigo-Affäre von Max Streibl (CSU) in Bayern, 1999 in Niedersachsen Glogowskis (SPD) gesponserte Hochzeitsreise, im gleichen Jahr Verdacht der Steuerhinterziehung gegen Walther Leisler Kiep (CDU) sowie Ex-Bundeskanzler Helmut Kohls Parteispendenskandal, gleichfalls 1999 Betrügereien von deutschen Ärzten zu Lasten der Krankenkassen, im Jahr 2000 NRW-Flugaffäre der SPD um Neuber (WestLB), 2002 Ermittlungen

- 
- 1 Dieser Artikel ist eine leicht geänderte Version eines Artikels, der in der Mai-Ausgabe 2002 der Zeitschrift „PRO POLIS – 21“ veröffentlicht wurde.
  - 2 Vgl. „Spaß muss sein. Aber viele suchen inzwischen nach einer ernsthafteren Lebensorientierung“, Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach, Repräsentanz für Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, 2.117 Befragte, Zeitraum der Befragung 1. bis 12. Februar 2002, [http://www.ifd-allensbach.de/news/prd\\_0206.html](http://www.ifd-allensbach.de/news/prd_0206.html)
  - 3 Vgl. Angermund, Ralph: „Der Führer weiß das und ist damit einverstanden. Korruption im nationalsozialistischen Deutschland.“, in: Das Parlament, Hrsg. Deutscher Bundestag, Ausgabe vom 22.03.2002, Seite 4 der Sonderbeilage zur Leipziger Buchmesse.

gegen tausend deutsche Krankenhausärzte wegen Bestechlichkeit, im März der Parteispendenskandal der SPD im Kölner Klüngelmilieu usw. usf.

Die folgende Tabelle zeigt, wie die Institutionen unseres Gemeinwesens im Urteil der Bürger liegen.

DeutschlandTREND: Vertrauen in Institutionen 2000<sup>4</sup>

Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von öffentlichen Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir für jede, wie viel Vertrauen Sie in sie haben: sehr großes Vertrauen, ziemlich großes Vertrauen, wenig Vertrauen oder gar kein Vertrauen?

Institution	sehr/ ziemlich großes Vertrauen in %	wenig/gar kein Vertrauen in %
Polizei	81	18
Bundesverfassungsgericht	75	16
Bundeswehr	65	31
Gerichte	53	42
Bundestag	49	48
Fernsehen	49	49
Presse	47	51
Bundesregierung	47	52
Gewerkschaften	38	56
Arbeitgeberverbände	36	56
Kirchen	35	62
Großunternehmen	32	63
Politische Parteien	24	72

*Fehlende Werte zu 100%: "Weiß nicht/ keine Angabe"; Randomstichprobe von 1.300 Wahlberechtigten (900 West, 400 Ost), computergestützte Telefoninterviews, Erhebungszeitraum Januar 2000, Quelle Infratest dimap*

In der Vertrauenskonkurrenz sind die ranghöchsten Plätzen allesamt von Staatsorganen belegt. Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr und Gerichte genießen bei der Mehrheit der Bevölkerung Vertrauen. Für das Item „Bundestag“ liegen positive und negative Vertrauensäußerungen fast gleichauf, möglicherweise ein Resultat der zahlenmäßig fast gleich starken Gruppen von Regierungs- und Oppositionsanhängern. Dramatisch anders ist es um die Einschätzung der politischen Parteien bestellt: Mit nur 24 % Vertrauensäußerungen gegenüber 72 % Misstrauensäußerungen bilden die politischen Parteien das Schlusslicht in der Rangreihe der Institutionen. Wie die hohen Vertrauenswerte für die öffentlichen Institutionen Polizei, Bundesverfassungsgericht, Bundeswehr und Gerichte zeigen, kann gleichwohl von einer allgemeinen Staatsverdrossenheit der Bürger (noch) keine Rede sein. Allerdings ist das Ansehen der Parteien in der öffentlichen Meinung auf einem Tiefstand angelangt.

4 Infratest dimap: „DeutschlandTrend Januar 2000“, Umfrage zur politischen Stimmung im Januar 2000 im Auftrag von ARD / „bericht aus berlin“ und 9 Tageszeitungen, Januar 2000, <http://infratest-dimap.de/politik/deutschlandtrend/dt0100.html>

Bei den oftmals als „vierte Gewalt“ bezeichneten Institutionen Fernsehen und Presse, die maßgeblich das öffentliche Meinungsklima beeinflussen, liegen Vertrauens- und Misstrauenswerte jeweils fast gleichauf. Erwin K. Scheuch schreibt ihnen eine wichtige Aufklärungsfunktion zu, da alle anderen Kontrollinstanzen ihre Aufgabe nicht erfüllt haben<sup>5</sup>.

Die geringe Wertschätzung, die politischen Institutionen und ihren Repräsentanten zuteil wird, lässt sich auch aus der Allensbacher Berufsprestige-Skala 2001 ablesen. Auf die Bitte, aus einer Liste von 18 Berufen diejenigen fünf herauszusuchen, die man am meisten achtet, werden „Politiker“ von nur 10 % der Befragten genannt und landen auf dem dritt letzten Platz, hinter ihnen liegen nur noch die Berufe „Gewerkschaftsführer“ und „Buchhändler“. Hohes Renommee genießt hingegen noch immer der Beruf „Arzt“ (74 %)<sup>6</sup>.

Das geringe Ansehen der Politiker könnte durch die gegenwärtigen Affären und Skandale noch stärker beeinträchtigt werden. Auf die Frage, ob politische Entscheidungen der Bundesregierung unter Helmut Kohl durch Spenden gezielt beeinflusst wurden, antwortete im Jahr 2000 eine deutliche Mehrheit der Befragten (63 %) mit „ja“, 32 % glauben an keinen Einfluß<sup>7</sup>. Wachsende Entfremdung zwischen Wählern und Gewählten zeichnet sich auch in dem folgenden NRW-Meinungsbild zur Aufklärung des SPD-Spendenskandals durch Landesparteichef Schartau ab. 46 % der NRW-Befragten halten dessen Vorgehen nicht für glaubwürdig, nur 26 % gehen davon aus, dass er die Affäre konsequent aufdecken möchte<sup>8</sup>.

Mit Korruptionsvorwürfen konfrontierte Politiker bemühen sich häufig, ihr Tun mit plausiblen Erklärungen zu rechtfertigen. Schütz unterscheidet sieben Stufen sog. „defensiver Selbstdarstellung“, die über Leugnen, Umdeuten, Bestreiten der Urheberchaft, Rechtfertigen, Bestreiten der Kontrollfähigkeit, Minimieren der Implikationen bis zu Um-Verzeihung-Bitten reichen<sup>9</sup>.

Die langfristigen Folgen der Affären und Skandale sind in ihrer Tragweite nicht abzusehen. Da die Wähler die unlauteren Machenschaften von Politikern durchschauen, verweigern sie, zumindest bei einigen lokalen und regionalen Wahlen so geschehen, mehr und mehr die Teilnahme, da diese den Politikern und deren Handeln Legitimation verleihen. Die Wahlberechtigten schließen sich statt dessen der sog. Partei der Nichtwähler an, tendieren zu Parteien am äußeren Rand des Parteienspektrums oder zu neuen Parteien wie etwa der Schill-Partei in Hamburg.

---

5 Vgl. „Sind die noch bei Trost?“, Interview mit Erwin K. Scheuch, in: Kölner Stadtanzeiger, Nr. 23 vom 28.1.2000, S.2.

6 „Die Allensbacher Berufsprestige-Skala 2001“, in: Allensbacher Bericht Nr. 16/2001, Repräsentanz für Gesamtdeutschland, Bevölkerung ab 16 Jahre, 2.054 Befragte, Zeitraum der Befragung 30. Mai bis 11. Juni 2001, [http://www.ifd-allensbach.de/news/prd\\_0116.html](http://www.ifd-allensbach.de/news/prd_0116.html)

7 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V. „Politbarometer, Monatliche repräsentative Umfrage“, Mannheim Januar 2000, Befragung vom 17. bis 20.1.00, telefonische Befragung von 1.270 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten, S. 3.

8 Vgl. „Westpol: SPD stürzt ab. Glaubwürdigkeit bei der Aufklärung des Spendenskandals gering“, repräsentative Meinungsumfrage des Instituts Psephos im Auftrag des WDR vom 14.4.02, [http://www.wdr.de/tv/westpol/pressemitteilungen/2002/04/14\\_3.html](http://www.wdr.de/tv/westpol/pressemitteilungen/2002/04/14_3.html)

9 Vgl. Schütz, Astrid: „Politischer Skandal und Varianten defensiver Selbstdarstellung: Der Fall Clinton“, in: Jahrbuch für Europa- und Nordamerika-Studien, hrsg. vom Zentrum für Europa- und Nordamerika-Studien, Folge 3/1999, Opladen 2000, S. 204.

Auch die Folgen für die politische Sozialisation von Jugendlichen sind unkalkulierbar, galt doch Helmut Kohl vor dem Auftauchen von Geldern auf „schwarzen“ Konten als Vorbild für immerhin 20 % der jungen Leute<sup>10</sup>.

Und die Reaktion der Wähler? Die Wähler registrieren sensibel unverantwortliches Verhalten der politischen Elite. Meinungsumfragen belegen, dass „Macht“ im Zeitverlauf zunehmend negativ belegt wird. Im Jahr 1986 - geraume Zeit nach der Flick-Spendenaffäre - betrug der Bevölkerungsanteil, der dem Begriff „Macht“ die Wertung „unsympathisch“ zuordnet, 62%<sup>11</sup>. 1999, dreizehn Jahre später, assoziieren sogar 71% der bundesrepublikanischen Bevölkerung mit „Macht“ die Eigenschaft „unsympathisch“. Mit der skeptischeren Beurteilung von Macht geht gleichzeitig eine höhere gesellschaftliche Bewertung von ethischen Handlungsnormen einher: 1987 bewerteten den Begriff „Moral“ 66% der Befragten als sympathisch, 1999 nehmen sogar 75% diese positive Zuordnung vor.

Auch der Skandalforscher Imhof stellt fest, dass im Vergleich zu früher an Politiker höhere moralische Ansprüche gestellt werden, er fordert die Gültigkeit moralischer Kriterien dort, wo es bei politischen Entscheidungen um Werte und Normen geht<sup>12</sup>.

Dem kann man nur beipflichten. Es sieht nämlich aus, als seien der bundesdeutschen Spaßgesellschaft insgesamt ihre moralischen Werte etwas abhanden gekommen. Dies kann man einer Untersuchung entnehmen, die Ronald Inglehart, Miguel Basañez und Alejandro Moreno in der Zeit von 1990 bis 1993 weltweit in 43 Länder durchführten, die zahlenmäßig ca. 70 % der Weltbevölkerung ausmachen. Einschlägig ausgewiesene Meinungsforschungsinstitute führten repräsentative Umfragen durch, die sich auf die politische, wirtschaftliche, religiöse und sexuelle Einstellungen in diesen Ländern richteten. Aus dem so gewonnenen Datenmaterial wurde dann z.B. eine Auswertung zur moralischen Verurteilung von gesellschaftlich unerwünschten Verhaltensweisen durchgeführt. Dazu wurden die Länder je nach ihren Antworten in die Kategorie starke Verurteilung, mittlere Verurteilung bzw. geringe Verurteilung eingeordnet. Für die Bundesrepublik wurden zwei getrennte Sample für die alten und die neuen Bundesländer erhoben. Dabei zeigt sich, dass die alten Bundesländer bei den Items „Lügen im eigenen Interesse“, „Gefundenes Geld behalten“, „Schwarzfahren“, „Abfall in der Öffentlichkeit wegwerfen“, „Trunkenheit am Steuer“, „Sozialleistungsmissbrauch“, „Steuerhinterziehung“ sowie „Bestechungsgeld/-geschenke annehmen“ durchweg in dem Drittel derjenigen Länder liegen, die die geringsten moralischen Bedenken gegen die genannten Delikte haben. Für die neuen Bundesländer sieht die Sache etwas anders aus: „Schwarzfahren“, „Trunkenheit am Steuer“, „Sozialleistungsmissbrauch“, sowie „Steuerhinterziehung“ gelten als verwerflich und werden entsprechend stark verurteilt. „Bestechungsgelder annehmen“ hingegen gilt hier wie dort eher als Kavaliersdelikt: Fast zwei Drittel, nämlich 64 % der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und 63 % der

10 Vgl. Institut für Demoskopie Allensbach: „Mutter Theresa, Lady Di und Bill Gates. Junge Leute sagen: Das sind echte Vorbilder“, in: Allensbacher Berichte Nr. 8, Allensbach 1999, S. 2.

11 Vgl. „Entscheiden - Sympathisch oder unsympathisch? Die Ergebnisse im Überblick“, Repräsentativerhebung des Instituts für Demoskopie Allensbach, Befragung von mindestens 500 Befragten, repräsentativ für die Bevölkerung ab 16 Jahre, Quotenauswahl, 1986,1987 sowie August bis Dezember 1999, in: Die Zeit, Wochenzeitung für Politik, Wirtschaft, Wissen und Kultur, Nr. 1 vom 29.12.1999, S.8.

12 Vgl. „Politiker als Priester. Ein Gespräch mit dem Soziologen Kurt Imhof über die Verdrängung des Politischen durch das Private“, in: Medienecho. Tages-Anzeiger Magazin vom 30. August 1998, [http://www.foeg.unizh.ch/Medienecho/Fromfoeg/ta\\_maz1.htm](http://www.foeg.unizh.ch/Medienecho/Fromfoeg/ta_maz1.htm)

Bevölkerung in den alten Bundesländern, verurteilen die Bestechlichkeit nur gering<sup>13</sup>. Mit diesen Zahlenwerten liegen die neuen Bundesländer bei dieser Frage auf dem siebt letzten, die alten Bundesländer auf dem fünft letzten Platz der 43 Länder umfassenden Skala.

Möglicherweise hat die Wahlbevölkerung, um nicht an unserem gesamten politischen System zu zweifeln, ihre Einstellungen mit dem in Einklang gebracht, was uns die politischen Eliten an korruptem Verhalten tagtäglich präsentieren. Im Umkehrschluss könnte man auch provozierend fragen: Hat unsere Bevölkerung vielleicht nur diejenige politische Elite, die sie auch tatsächlich verdient?

Die Kölner Soziologen und Parteikritiker Erwin K. Scheuch und Ute Scheuch diagnostizieren, dass die Parteien außer Kontrolle geraten sind, gleichzeitig sehen sie in dem Erschrecken über die Skandale auch eine Chance zur Erneuerung der Parteienlandschaft<sup>14</sup>. Solche Anstöße zur Erneuerung der Gesellschaft gehen in vielen Fällen von Journalisten aus, die Skandale und Affären durch ihre Recherchen aufdecken. Unterstützung ihrer Aktivitäten finden Journalisten bei Transparency International. Diese Agentur ist - eigenen Angaben zufolge - weltweit die einzige Organisation, die sich auf die Bekämpfung von Korruption konzentriert<sup>15</sup>.

Transparency International hat einen Index entwickelt, der als Indikator für die Verbreitung von Korruption gilt. Das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung WZB, Abteilung „Sozialstruktur und Sozialberichterstattung“, hat eine Untersuchung zu Bestechung und Bestechlichkeit durchgeführt und dabei 90 Ländern mit Hilfe dieses Indexes klassifiziert und untereinander verglichen. Daraus folgt, dass Finnland weltweit als am wenigsten korruptionsbereit eingestuft wird, gefolgt von Dänemark und Schweden<sup>16</sup>. Deutschland rangiert bei dieser Untersuchung im Mittelfeld der EU-Staaten.

Als allgemeiner Befund ergab sich aus der Studie, dass Korruption dort die geringste Bedeutung hat, wo demokratische Rechte und bürgerliche Freiheiten verbreitet sind. In diesem Zusammenhang ist auch von Bedeutung, dass Schweden schon 1766 als erstes Land der Welt die Anfänge eines Akteneinsichtsrechts eingerichtet hat. Experten gehen davon aus, dass die skandinavischen Länder mit ihrem Öffentlichkeitsprinzip, dem Wohlfahrtsstaat und der „protestantischen Arbeitsmoral“ über gute Abwehrmechanismen gegen Korruption verfügen<sup>17</sup>.

Von der Computerisierung, die in den nächsten Jahren in den öffentlichen Verwaltungen noch weiter um sich greifen dürfte, kann man sich positive Effekte versprechen. Durch elektronischen Datenaustausch und die fortschreitende Vernetzung erhöht sich die Schnelligkeit von Informationsflüssen zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor, und dies könnte dazu beitragen, die Transpa-

---

13 Vgl. Inglehart, Ronald; Basañez, Miguel; Moreno, Alejandro: Human values and beliefs: a cross-cultural sourcebook: political, religious, sexual and economic norms in 43 societies: findings from the 1990 – 1993 World Values Survey. Ann Arbor: The University of Michigan Press, 1998, 534 S. III.

14 Vgl. Scheuch, Erwin K.; Scheuch, Ute: „Die Spendenkrise - Parteien außer Kontrolle“, Reinbek 2000, S. 250 .

15 Vgl. auch <http://www.transparency.de/>

16 Vgl. Delhey, Jan: „Korruption in Europa. Bestechung und Bestechlichkeit in Demokratien“, in WZB Mitteilungen, Heft 95, März 2002, S. 10.

17 Vgl. Gamillscheg, Hannes: „In der Sauna liegt keine Bestechung, nur Versorgung in der Luft“, in: Kölner Stadtanzeiger, Nr. 90 vom 18.4.2002, Seite 3

renz der Vorgänge in Politik und Verwaltung zu erhöhen und so die allgemeine Korruptionsanfälligkeit begrenzen.

Um mehr Durchsichtigkeit zu erreichen, verabschiedete übrigens der Deutsche Bundestag im April 2002 ein neues Parteiengesetz, dem zufolge illegale Spendenpraktiken von Parteien vom 1.7.2002 an mit Haftstrafen von bis zu 3 Jahren oder hohen Geldstrafen geahndet werden können. Dies scheint allerdings nur ein kleiner Schritt zu sein auf dem langen, mitunter steinigen Weg zu mehr Transparenz und demokratischer Kontrolle von Politik und Wirtschaft.